

Afrika-Veranstaltung Kultur aus Afrika - für Gerechten Handel mit Afrika, Lutherkirche, Karlsruhe am 9.2.2019

Eine Formalie vorab:

Bitte sehen Sie es mir nach wenn ich in meinen Ausführungen nur die männliche Form benutze. Die weibliche Form lasse ich – nicht zuletzt aus Zeitgründen und zur besseren Verständlichkeit - weg. Gemeint sind aber beide Geschlechter.

Jetzt zum Thema:

Handels- und Investitionsschutzabkommen erleichtern Unternehmen den Zugang zu Märkten und Rohstoffen und schützen Investoreninteressen mit einklagbaren Rechten.

Treaty Alliance Deutschland

Unternehmerisches Handeln kann– wie wir in den Fallbeispielen zuvor gehört haben – zu Menschenrechtsverstößen führen wie menschenunwürdige Arbeitsbedingungen, Umweltverschmutzungen, die wiederum schwerwiegende Gesundheitsschädigungen zur Folge haben. UND Unternehmen können auch mittelbar an solchen Menschenrechtsverstößen beteiligt sein – über die Lieferkettenverantwortung – als Auftraggeber für Textil-oder Elektronikfabriken, als Lieferant giftiger Pestizide, als Weiterverarbeiter von Rohstoffen von umstrittenem Abbau dieser Rohstoffe, etc. Schwere Menschenrechtsverletzungen sind struktureller Bestandteil der globalisierten Wirtschaft. Das ist die traurige Realität.

Wenn also bei diesen Unternehmenstätigkeiten Menschenrechte nicht eingehalten oder verletzt werden, gibt es dafür bislang nur freiwillige Leitprinzipien. Die Betroffenen sind weitgehend schutzlos.

Und wieweit wir mit Freiwilligkeit gekommen sind, sehen wir tagtäglich in den verschiedensten Bereichen, sei es in der Nahrungsmittelindustrie, im Umweltschutz, Landwirtschaft etc.

Das muss sich ändern! Dafür braucht es verbindliche Regeln für alle Vertragsparteien, die den Betroffenen Klagemöglichkeiten eröffnet.

Was können WIR tun, bzw. was braucht es FÜR GERECHTEN Handel mit Afrika? –

Ich möchte dazu folgende Vorschläge, ja Forderungen vorstellen, die zu einem Gerechten Handel

mit Afrika, aber auch mit allen anderen Staaten beitragen (würden).

Seit 2015 gibt es eine zwischenstaatliche Arbeitsgruppe bei der UN über solch ein Abkommen.

In der sogenannten *Treaty Alliance* haben sich mehr als 1000 zivilgesellschaftliche Organisationen und Einzelpersonen zu einem internationalen Bündnis zusammengeschlossen. Mit dabei sind aus Deutschland z.B. Attac, Brot für die Welt, BUND, Misereor, Forum Umwelt und Entwicklung, medico international und viele andere. Sie erwarten von der Bundesregierung, dass sie sich für folgende Forderungen einsetzt:

und jetzt wird es etwas trocken um nicht zu sagen staubig, also durchhalten. Forderungen lassen sich leider nicht so blumig formulieren:

zivilrechtliche Haftung

Staaten müssen sich verpflichten, dass sich bei ihnen ansässige Unternehmen gesetzlich zur Achtung der Menschenrechte verpflichten einschließlich ihrer Auslandsgeschäfte, Tochterunternehmen und Lieferketten. Die Beweislast für die Durchführung angemessener Sorgfaltsmaßnahmen liegt dann – ganz wichtig - beim Unternehmen.

Strafrechtliche Haftung

während in vielen Staaten mittlerweile die Strafbarkeit von Unternehmen zumindest für bestimmte Delikte anerkannt ist, gibt es noch immer sehr viele Staaten – dazu gehört auch Deutschland – ohne umfassendes Unternehmensstrafrecht. Dass kriminelles Verhalten von Unternehmen nicht länger toleriert, sondern konsequent verfolgt und sanktioniert wird, schreckt dann auch andere Unternehmen ab.

Ein künftiges Wirtschaftsabkommen muss beinhalten, dass strafbare Handlungen von Unternehmen durch eine Umgestaltung des nationalen Strafrechts geahndet werden. Auf der Liste schwerer Straftaten stehen dann z.B. Tötungsdelikte, Formen moderner Sklaverei, ausbeuterische Kinderarbeit, Zwangsarbeit, Zwangsvertreibung, sexuelle Gewalt, Folter, schwerwiegende Umweltverschmutzungen, Kriegsverbrechen usw.

Zusätzlich zu finanziellen Strafen muss auch die Auflösung der juristischen Person in besonders schwerwiegenden Fällen in den Sanktionskatalog aufgenommen werden.

Verwaltungsrechtliche Vorgaben sind ein weiterer Bestandteil dieser Forderungen:

Außer den genannten Maßnahmen sollte es öffentlich-rechtliche Sanktionen geben wie

Einzelanordnungen, Bußgelder und die Vorenthaltung staatlicher Unterstützungsleistungen. Dafür brauchen die Vertragsstaaten Strukturen zur Überwachung, ob die Sorgfaltspflichten eingehalten werden.

UND die Staaten müssen gewährleisten, dass die Einhaltung der menschenrechtlichen Sorgfalt Voraussetzung wird für die Vergabe öffentlicher Aufträge sowie den Erhalt von Subventionen und Außenwirtschaftsförderung.

Effektiver Rechtsschutz für Betroffene ist notwendig

Staaten müssen sich in zukünftigen Abkommen verpflichten Betroffenen im Falle von Rechtsverletzungen durch Unternehmen effektiven und unabhängigen Rechtsschutz zu gewähren:

Dazu brauchen wir kollektive Klagemöglichkeiten, die es Betroffenen ermöglicht, Rechtsschutz zu suchen.

Betroffene müssen die Möglichkeit haben risikoreiche Unternehmensprojekte zunächst im Eilverfahren stoppen zu lassen.

Betroffene müssen Zugang zu Informationen über relevante unternehmensinterne Entscheidungsprozesse bekommen. Dafür braucht es Offenlegungspflichten. Transparenz ist hier das Zauberwort.

Die gerichtliche Zuständigkeit für Klagen gegen Unternehmen müssen definiert werden.

Mutterunternehmen und von ihnen kontrollierte Tochterunternehmen müssen am Hauptsitz des Mutterunternehmens verklagt werden können.

Und außerdem muss ein künftiges Abkommen Staaten zur justiziellen Zusammenarbeit verpflichten und gewährleisten, dass erforderliche Informationen ausgetauscht und Gerichtsentscheidungen vollstreckt werden müssen – immer im Einklang mit den internationalen Menschenrechten.

Weitere Forderungen der Treaty Alliance sind, dass in den Abkommen festgelegt wird, dass die Pflichten aus dem UN-Menschenrechtsabkommen VORRANG VOR den Verpflichtungen aus Handels- und Investitionsschutzabkommen haben.

Des Weiteren soll es einen unabhängigen Expertenausschuss geben, der Staatenberichte zum Stand der Umsetzungen des Abkommens entgegennimmt und individuelle Beschwerden gegen Staaten prüft.

Außerdem braucht es die Schaffung eines internationalen Gerichtshofs, vor dem Betroffene bei Menschenrechtsverstößen gegen transnationale Unternehmen klagen können.

Das alternative Handelsmandat

Unabhängig von der **UN Treaty Alliance** hat ein Bündnis von 50 Organisationen Grundlagen und Handlungsvorschläge für eine alternative Perspektive zur europäischen Handelspolitik erarbeitet, die über die Forderungen der Treaty Alliance hinausgeht.

Es handelt sich um Bauern, Gewerkschaften, Menschenrechtsaktivisten, Umweltschützer, Netzwerke für einen gerechten Handel und Entwicklungshelfer mit einer Vision, die explizit Menschen und den Planeten vor die großen Unternehmen stellt. Es soll die Grenzen des Planeten berücksichtigen und für alle Nutzen bringen.

Beim Handel sollte es um Austausch gehen, in dem ökologisch und kulturell unterschiedliche Regionen ihre Erzeugnisse, Fähigkeiten und Kreativität teilen. Doch in den letzten Jahrzehnten geht es im Handel weniger um den Austausch von Gütern. Vielmehr geht es darum, soziale und die Umwelt betreffenden Schutzmaßnahmen zu opfern zugunsten von Unternehmensgewinnen.

Dieses Handelsmodell hat Leben, Existenzgrundlagen und Gemeinschaften zerstört, zur Klimaveränderung beigetragen und nicht zuletzt Menschen in die Flucht getrieben – in Staaten mit vermeintlich besseren Lebensbedingungen.

Das Grundprinzip des sogenannten **Alternativen Handelsmandats**, auf dem alle vorgeschlagenen Reformen basieren, ist die Notwendigkeit einer demokratisch kontrollierten Handels- und Investitionspolitik.

Es gibt 10 Bereiche, die im Detail ausgearbeitet sind. Ich möchte nur einige herausgreifen, die mir im heutigen Kontext relevanter erscheinen als andere und solche, die im Treaty Alliance so nicht explizit verankert sind.

Das Alternative Handelsmandat verlangt u.a.

- dass die Menschenrechte, die Rechte der Frauen, der Indigenen, Arbeitsrechte und Umweltschutzrechte über unternehmerische und private Interessen herrschen.

- dass die Regierungen Importe, Exporte, und Investitionen so regulieren, dass sie den eigenen Strategien für eine nachhaltige Entwicklung dienen.
- dass die Länder, Regionen und Gemeinden die Produktion, die Verteilung und den Konsum ihrer eigenen Güter und Dienstleistungen kontrollieren können.
- dass die europäische Handelspolitik das Recht von Ländern und Regionen respektiert, lokalen und regionalen Handel zu entwickeln und diesem Vorrang vor dem globalen Handel einzuräumen, beispielsweise im Bereich der Lebensmittel.
- dass man eine Industriepolitik fördert, die einen gerechten Übergang zu einem anderen Entwicklungsmodell bevorzugt.
- dass man eine gerechte Verteilung des Ertrags der globalen Wertschöpfungskette gewährleistet und stabile und würdige Einkommen für Produzenten und Arbeiter garantiert, sowie erschwingliche Preise für die Konsumenten, insbesondere für Nahrungsmittel und Medikamente.
- dass bestimmte Bereiche, unter denen sich öffentliche Güter wie Wasser, Gesundheits- und Erziehungswesen oder Finanzdienste befinden, von Verhandlungen der EU über Handel und Investitionen ausgeschlossen bleiben.
- gemeinsame Verantwortungen anzuerkennen, aber einen Unterschied zu den in Entwicklung befindlichen Ländern macht und eine besondere und differenzierte Behandlung der Ärmsten gewährleistet.

Fluchtursachen....

Die ungebremste Profitmaximierung durch mächtige transnationale Konzerne bedroht die sozialen Existenzgrundlagen sowie die demokratischen Rechte von Menschen. Sie führt zur Zerstörung der Ökosysteme und zwangsläufig zu einem Klimawandel. Korruption, hohe Arbeitslosigkeit, fehlende Perspektiven für eine menschenwürdige Zukunft ... Das alles sind Faktoren, die Menschen in die Flucht treiben.

Dazu ein paar Zahlen aus (einem Auszug aus) dem neuesten Buch "Zum Beispiel BASF: Über Konzernmacht und Menschenrechte."

die UNEP schätzt, "dass 40% aller globalen Konflikte in den letzten 60 Jahren mit dem Abbau von Rohstoffen in Verbindung stehen. Allein 98 Konflikte im Jahr 2016, so berichtet das Heidelberger Institut für internationale Konfliktforschung, hatten einen Bezug zu Wasser, Metallen und Mineralien oder zu anbaufähigem Land, dem sog. Land grabbing. 67% dieser Konflikte beinhalten gewalttätige Auseinandersetzungen, darunter 9 Kriege. ..."

Ich habe aus beruflichen Gründen viel Zeit in afrikanischen Ländern verbracht und liebe diesen wunderschönen Kontinent. Glauben wir ernsthaft, dass Menschen ihre Heimat und ihre Familien verlassen, sich Menschenhändlern aussetzen und auf das Abenteuer Flucht einlassen würden, wenn sie zuhause ein Ein- und ein Auskommen unter menschenwürdigen Bedingungen hätten?

Niemals!

Damit sich nicht noch mehr Menschen dem Abenteuer Flucht stellen müssen, ist es notwendig, dass sich unsere Handelssysteme ändern, dass Menschen und das Ökosystem vor Profitmaximierung steht. Wir müssen gewährleisten, dass diese Menschen ihr Heimatland und ihre Familien nicht verlassen müssen um menschenwürdig leben zu können.

Wir haben heute versucht mit politischen Schlaglichtern knallharte Fakten zu präsentieren, umrahmt von afrikanischer Musik, Rhythmus und Choreographie, von Lebensfreude und Hoffnung, die Herz und Seele berührt.

Informieren, Zuhören und Nachdenken.

Wir wollten SIE erreichen, nicht nur Kultur zu konsumieren, sondern besser informiert hier rauszugehen, anders, bewusster zu konsumieren, sich auch für bessere Lebensbedingungen durch gerechten Welthandel einzusetzen und als Multiplikatoren diese Erkenntnisse weiterzugeben.

Ich hoffe das ist uns gelungen. Unterstützen Sie Menschenrechtsabkommen. Werden sie aktiv für eine verbindliche menschenrechtliche Regulierung der globalen Wirtschaft. Teilen Sie Informationen, sprechen Sie Abgeordnete an, nehmen Sie an unseren Aktionen teil. Was und wie Sie etwas tun können, entnehmen Sie unseren Flyern. Oder fragen Sie uns!

Ich hoffe es hat Ihnen gefallen – dann sagen sie es weiter. Und helfen Sie uns die Kosten für diesen Abend mit Ihrer Spende zu decken. Am Ausgang finden sie Spendenkörbchen dafür.

Mit der Gage für den Chor wird in Südafrika die Stelle eines Chorleiters finanziert, der dort weitere

Chöre leitet. Damit singt der Chor quasi ehrenamtlich. Eine Art der direkten Entwicklungshilfe für den südafrikanischen Chorleiter.

Ich möchte mich im Namen von Attac und allen anderen beteiligten Organisationen bedanken bei der Lutherkirche, dass Sie für diesen Abend ihre wunderschöne Kirche zur Verfügung gestellt hat.

Bedanken möchte ich mich beim Weltladen für den Stand, bei der KASA, namentlich Simone Knapp für ihren Vortrag und ganz besonders natürlich beim Mokolé-Chor aus Heidelberg und der Chorleiterin Eva Buckman.

Für die finanzielle Unterstützung sage ich Danke dem ibz und dem Kulturbüro der Stadt Karlsruhe.

Danke für Ihre Unterstützung und kommen sie gut nach Hause.

Der Vollständigkeit halber sind hier noch weitere Bestandteile des **Alternativen Handelsmandats** genannt:

- strukturelle Transformation: umfassenden Zugang zu qualitativollen öffentlichen Leistungen, sozialen Schutz, strikteste Arbeitsrechts- und Umweltnormen, Demokratie und Transparenz.
- dass man die sozialen und umweltbezogenen Regulierungen verstärkt und die vollständige Transparenz der globalen Wertschöpfungskette gewährleistet.
- dass man den Grundsatz der Vorsorge bei allen Regulierungen und Normen des Handels und der Investitionen anwendet. Mit dem Grundsatz der Vorsorge übernimmt man die Verantwortung die Öffentlichkeit vor potentiellen Schäden zu schützen, auch wenn diese sich noch nicht zeigen